

Empfänger:

Stadt Rheine
Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann
Klosterstraße 14
48431 Rheine

Absender:

SPD Fraktion im Rat der Stadt Rheine
Volker Brauer
Geschäftsführer
Poststraße 28
48431 Rheine

Telefon: 015161522939

Email: volker.brauer8@gmail.com

Zur Beratung an den Rat der Stadt Rheine
Zur Beratung an den Haupt-, Digital- und Finanzausschuss

Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Gewerbesteuer und Verzicht auf die Erhöhung der Grundsteuer B

Sehr geehrter Bürgermeister Dr. Lüttmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine beantragt,

den Hebesatz der Gewerbesteuer zum 01.01.2026 von derzeit 430 v.H. auf 520 v.H. zu erhöhen. Im Gegenzug soll auf die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B verzichtet werden.

Begründung:

Die finanzielle Lage der Stadt Rheine ist angesichts der aktuellen und zukünftigen Haushaltssituation weiterhin äußerst angespannt. Um sicherzustellen, dass die Stadt ihre Pflichtaufgaben erfüllen kann und die für Rheine wichtigen Strukturen in den Bereichen Soziales, Sport, Bildung, Kultur sowie Infrastruktur erhalten bleiben, ist eine Anpassung der Gewerbesteuer notwendig.

1. Vermeidbare Situation durch ausgebliebene Erhöhung im Jahr 2023. Bereits für das Haushaltsjahr 2023 hatte die SPD-Fraktion beantragt, die Gewerbesteuer auf 480 v.H. zu erhöhen. Die Mehrheit im Rat hat diesen Antrag abgelehnt. Heute ist klar:

Diese Entscheidung hat die Stadt mehrere Millionen Euro gekostet und führt nun zu deutlich stärkeren notwendigen Anpassungen. Die Verwaltung hat auf Anfrage der SPD-Fraktion folgende Zahlen vorgelegt, die zeigen, wie sich die Haushaltslage mit der damals vorgeschlagenen Erhöhung entwickelt hätte:

Jahr	Fehlbetrag bei 430 v.H.	Fehlbetrag bei 480 v.H.	Verbesserung
2023	-2,828 Mio. €	+2,926 Mio. €	+5,754 Mio. €
2024	-12,212 Mio. €	-6,479 Mio. €	+5,733 Mio. €
2025	-10,824 Mio. €	-4,715 Mio. €	+6,109 Mio. €

Damit wäre die städtische Haushaltslage allein in den Jahren 2023 bis 2025 um insgesamt rund 17,6 Mio. € günstiger ausgefallen. Das würde auch eine um 17,6 Mio € höhere Rücklage bedeuten. Hinzu kämen geringere Aufwendungen für Kassenkredite, sowohl in den zurückliegenden Jahren als auch in den kommenden Haushaltsjahren. Der Puffer gegenüber einer Haushaltssicherung wäre also deutlich höher als in der aktuellen Situation.

Diese Fakten zeigen:

Hätte der Rat 2023 dem SPD-Antrag zugestimmt, wäre die jetzige, deutlich stärkere Erhöhung nicht nötig. Die nun erforderliche Anpassung ist somit unmittelbare Folge der damaligen Ablehnung.

2. Warum eine Erhöhung jetzt notwendig ist

Je länger notwendige Entscheidungen verzögert werden, desto drastischer müssen die Anpassungen ausfallen, um die Haushaltssicherung abzuwenden und die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten. Eine spätere Erhöhung würde – wie man an den Zahlen sieht - die Schieflage weiter verschärfen. Die Gewerbesteuer wurde seit 2011 nicht mehr erhöht und liegt im Vergleich zu ähnlich strukturierten Kommunen weiterhin niedrig. Die geplante Erhöhung auf 520 v.H. ist daher angemessen und notwendig, um die Einnahmenbasis der Stadt zu stabilisieren.

3. Gewerbesteuer statt Grundsteuer B – gerechter und sozial ausgewogen

Im Gegensatz zur Grundsteuer B belastet die Gewerbesteuer nicht direkt alle Bürgerinnen und Bürger. Sie ist eine Gewinnsteuer, von der ausschließlich Unternehmen betroffen sind, die tatsächlich Gewinne erwirtschaften. Damit gilt der Grundsatz: Stärkere Schultern tragen mehr. Schwächere Schultern tragen weniger. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B würde dagegen alle Haushalte unmittelbar belasten. In der jetzigen Situation ist dies weder sozialverträglich noch verantwortungsvoll. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer ist daher der deutlich gerechtere Weg. Mit der Erhöhung der Gewerbesteuer auf 520 v.H. ab dem 01.01.2026 handeln wir verantwortungsvoll im Interesse eines stabilen, handlungsfähigen und sozial ausgewogenen Haushalts. Nur so können wir verhindern, dass notwendige Leistungen und Strukturen eingeschränkt werden müssen.



Mit freundlichen Grüßen

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine